



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Finanzen und Interne Services
Sitzungstermin: Donnerstag, 25.09.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:18 Uhr
Raum, Ort: Huldigungssaal, Rathaus, Eingang K, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Christel John

Vertretung für: Alexander Schwake

Beschließende Mitglieder

Dr. Corinna Maria Dartenne

Thomas Dißelmeyer

Jule Grunau

Kai Herzog

Jörg Kohlstedt

Sören Pinnekamp

Grundmandat

Frank Soldan

Vertretung für: Eike Freitag

Verwaltung

Matthias Rink

Jens Mildner

Sebastian Prigge

Timo Gomell

Katharina Künzel

Manuela Metzger

Michael Schmidt

Sebastian Brauer

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Interne Services	
4	Genehmigung des Protokolls vom 21.08.2025	
5	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
6	Einwohnendenfragen	
7	Anträge und Anfragen	
8	Haushalts- und Controllingbericht zum Stand 31.08.2025	MV/12079/25
9	Erlass einer Satzung über die Gewährung von Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten im Einsatzdienst der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Hansestadt Lüneburg	BV/12068/25
10	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Aufgrund der Abwesenheit des Vorsitzenden, Ratsherr Alexander Schwake, sowie des Mangels eines stv. Vorsitzenden, erklärt sich Frau John als ältestes Ausschussmitglied bereit die Sitzung zu eröffnen und darüber hinaus den vorübergehenden Sitzungsvorsitz zu übernehmen. Frau John wird einstimmig gewählt und begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest – 5 von 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder sind anwesend.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Zu TOP 3 Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Interne Services

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services fasst einstimmig folgenden Beschluss: Ratsmitglied Thomas Dißelmeyer wird neuer stellvertretender Ausschussvorsitzender.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Ratsherr Kohlstedt schlägt als stellvertretenden Ausschussvorsitz Ratsherrn Thomas Dißelmeyer vor. Die Wahl wird aufgrund eines einzelnen Wahlvorschlags gem. § 67 S. 1 HS. 2 NKomVG per Handzeichen durchgeführt, da niemand widerspricht. Herr Dißelmeyer wird einstimmig mit 5 JA-Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 NEIN-Stimmen zum stv. Vorsitzenden gewählt. Er übernimmt den Sitzungsvorsitz um 17:03 Uhr.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 21.08.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 21.08.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Beratungsinhalt:

Ratsherr Kohlstedt hat eine Anmerkung zum Protokoll der letzten Ausschusssitzung vom 21.08.2025: Er fragt, warum die in der letzten Ausschusssitzung erwähnten Einsparungen im Bereich der Personalkosten in Höhe von 1,1 Mio. € nicht im Protokoll enthalten sind und welche Auswirkungen diese Einsparungen grundsätzlich für das Personal der Kindertagesstätten hätten. Herr Rink antwortet, dass die Einsparungen im Bereich der Personalkosten keinerlei Auswirkungen auf die personelle Ausstattung der Kindertagesstätten haben.

Das Protokoll vom 21.08.2025 wird genehmigt. Ratsherr Pinnekamp ist zwischenzeitlich erschienen, sodass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf 6 angestiegen ist.

Zu TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Herr Rink berichtet über zwei aktuelle Themen. Das erste Thema ist der finanzielle Zuschuss für die Museumstiftung, der im Rahmen der Beratungen zum Gutachten in der nächsten Sitzung des Kultur- und Partnerschaftsausschusses mit behandelt werden wird. Grundlegend seien die Fördervereine mit in den Verhandlungen involviert, ein Konsens zur generellen Zuschußvereinbarung bestehe bereits und es sei nahezu alles fertig verhandelt. In der Sitzung des KPA wird dann das Museum das Gutachten vorstellen und dabei die ersten, sich bereits in Umsetzung befindenden sowie die geplanten Maßnahmen vorstellen. Auf Nachfrage von Frau Dr. Dartenne zu den generellen finanziellen Auswirkungen teilt Herr Rink mit, dass es hierzu grundsätzlich nach der KPA-Sitzung eine Vorlage mit den zu beschließenden Zuschüssen sowie den fiskalischen Zuwendungen geben wird.

Als Zweites führt Herr Rink die Thematik der Erbbaurechte an. Hierzu wurde ein neuer, adaptierter Entwurf eines einfachen Erbbaurechtmodells in die Fraktionen zur Beratung gegeben. Herr Rink wird dieses Modell dann als Vertreter der AG am 07.10.2025 bei einer Veranstaltung der Ini Erbbau vorstellen, wenn er dazu von den Fraktionen Prokura erhalten wird. Er bittet daher die Rückmeldungen der Fraktionen zu diesem Modell bis zum 01.10.2025.

Ratsfrau Dr. Dartenne äußert ihr Bedenken, dass nicht alle Fraktionen zu der Vorstellung am 07.10.2025 eingeladen worden seien. Herr Rink führt aus, dass lediglich die beiden größten Fraktionen auf das Podium eingeladen wurden und die Abstimmung hierzu bereits vorab interfraktionell geschehen sollte. Herr Rink führt weiter aus, dass das Erbbaurechtsmodell der Klostertkammer schlechter sei und es immer einen unterschiedlichen Blickwinkel auf diese Modelle geben würde. Hier bittet er jedoch darum die Sichtweise des Erbbaurechtgebers bei der Entscheidung über das Modell einzunehmen, da damit die Werte der gesamten Stadt vertreten würden.

Herr Dißelmeyer widerspricht dem und sagt, dass beide Seiten, sowohl Erbbaurechtsnehmer als auch -Geber entscheidend seien. Herr Kohlstedt merkt an, dass es sich nicht um die gesamte

Lüneburg Einwohnerschaft von 78.000 handeln würde und daher eine konkrete Anzahl genannt werden sollte.

Herr Rink wiederholt erneut, dass es um die Werte der gesamten Stadt geht, wenn ein Erbbaurechtsmodell erneuert werden soll. Herr Dißelmeyer betont, dass man die Erbbaurechtsnehmer nicht vernachlässigen sollte, woraufhin Herr Rink erwidert, dass er so etwas nie gesagt hätte. Die Interessen der gesamten Stadt müssten jedoch bei der Ausgestaltung eines neuen Modells berücksichtigt werden, da nicht alle Grundstücke in Lüneburg Erbbaurechtsgrundstücke seien. Herr Soldan bittet darum die Diskussion vorerst zu beenden.

Zu TOP 6 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt: ./.

Zu TOP 7 Anträge und Anfragen

Zu TOP 8 Haushalts- und Controllingbericht zum Stand 31.08.2025 MV/12079/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Beratungsinhalt:

Herr Rink stellt den Controllingbericht mit Stand 31.08.2025 vor. Als Kernaussage bestätigt er die Prognose der letzten Sitzung des Finanzausschusses vom 21.08.2025. Die Ergebnisse haben gehalten, wenngleich sich der Ergebnishaushalt um 4 Mio. € verschlechtert hat. Der Effekt, der durch die haushaltswirtschaftlichen Sperren erzielt werden sollte, ist gelungen.

Der Controllingbericht zeigt auch, dass durch die HH-Sperren die Ertragsverluste kompensiert werden können. Zum einen werden Einsparungen i.H.v. ca. 1 Mio. € im Bereich der Personalmaßnahmen getätigt und darüber hinaus werden weitere Schlüsselzuweisungen vom Land i.H.v. 1,73 Mio. € erwartet. Weiter führt Stadtrat Rink aus, dass Mindererträge beim Frischwasser durch Mehrerträge bei der Einleitung von Schmutzwasser kompensiert werden könnten. Des Weiteren erläutert Herr Rink die Problematik einer präzisen Schätzung der Gewerbesteuererträge, da das Finanzamt allein innerhalb einer Woche mehrere Gewerbesteuererträge sowie -Vorauszahlungen vermeldet. Dieses „Hin- und Her“ erschwere eine genaue und präzise Berechnung, sei aber dennoch über einen längeren Zeitraum statistisch relativ gut voraussehbar.

Herr Kohlstedt moniert, dass die vorgestellten Zahlen nicht in den Charts der Powerpoint-Präsentation enthalten seien und eine gute Vorbereitung auf die Sitzung daher nicht möglich sei.

Er erwarte einen korrekt dargestellten Controllingbericht. Herr Rink entgegnet, dass es sich bei dem Controllingbericht um ein verwaltungsinternes Papier handelt, welches er daher nicht in ALLRIS einstellen wird, um es so der gesamten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die Ratsmitglieder aber gerne Einsicht ins mitgebrachte Zahlenwerk nehmen könnten.

Herr Rink führt weiter zu den Zahlen aus. Er erklärt, dass die Mindererträge i.H.v. ca. 4 Mio. € bei der Hilfe für Wohnungslose auf nur noch 2,8 Mio. € aufgearbeitet werden konnten. Bei den übrigen Fällen würde durch standardisierte Prozesse versucht weitere Mindererträge abzubauen. Darüber hinaus berichtet Stadtrat Rink über aufgekommene außerordentliche Mehrerträge, die i.H.v. 5,5 Mio. € durch die Aktivierung von unentgeltlich überlassenen Grundstücken entstanden sind. Weitere 1,5 Mio. € könnten im Bereich der Gebäudeunterhaltung durch eine Priorisierung von Maßnahmen eingespart werden.

Ratsherr Soldan fragt, ob es darüber hinaus noch weitere Einsparmöglichkeiten gebe, die hier noch nicht berücksichtigt wurden. Hierzu antwortet Herr Rink, dass als weitere Maßnahmen die ca. 1 Mio. € bei den Personalmaßnahmen zu nennen seien, die noch nicht in den HH-Sperren veranschlagt wurden. Weiter erläutert er, dass alle geplanten HH-Sperren dieses Jahr noch bis zum 31.12.2025 gelten würden und durch die Bereiche eingehalten werden können. Darüber hinaus weist Herr Rink darauf hin, dass jeder Mehrertrag die Lücke von 4 Mio. € schließen würde.

Ratsfrau Dr. Dartenne äußert ihre Wahrnehmung, dass viele Ratsmitglieder die Wirkung und Bedeutung einer HH-Sperre noch nicht verstanden hätten und bittet die Verwaltung die Kompetenz der Ratsmitglieder durch bspw. Schulungen zu erhöhen.

Herr Dißelmeyer kommt auf die eingangs des TOPS erwähnte Kritik von Ratsherr Kohlstedt zurück und pflichtet ihm bei, dass eine Vorbereitung ohne vorherige Bereitstellung der konkreten Zahlen schwierig bzw. nicht möglich sei. Er wünsche sich Erläuterungen zu den Folien der Präsentation der Vorlage. Herr Rink erwidert, dass die vorgestellten Zahlen allerdings keinen einzigen neuen Sachverhalt präsentieren, sondern lediglich die Fortschreibung der bereits in der letzten Sitzung vorgestellten Zahlen sei. Stadtrat Rink stellt auch heraus, dass der Rat der Hansestadt Lüneburg am 19.12.2024 die HH-Sperren festgelegt hat. Die Verwaltung sei aber, auch als Antwort auf die Anmerkung von Ratsfrau Dr. Dartenne, gerne bereit dazu ein Handout zu erstellen. Frau Dr. Dartenne bedankt sich und bittet darum, dass ggf. nicht nur ein Handout zur Verfügung gestellt wird, sondern insgesamt ein Link für alle Ratsmitglieder, damit diese sich einlesen könnten. Die Inhalte des Finanzausschusses wirke auf alle anderen Ausschüsse und ein Wissen über grundlegende Aspekte des kommunalen Haushaltes würde unnötige Diskussionen vermeiden.

Herr Kohlstedt wiederholt seine Forderung nach den wirklichen Zahlen, da der Finanzausschuss mit den hier dargestellten Zahlen aus seiner Sicht nicht arbeitsfähig sei, wenn diese nicht im Vorfeld zur Vorbereitung zur Verfügung stünden. Herr Rink entgegnet, dass die hier vorgestellten Zahlen lediglich ein Extrakt des gesamten Berichtes sind und die Zahlen gerne insgesamt beim nächsten Sitzungstermin angereichert werden. Herr Dißelmeyer wiederholt erneut die Kritik und Forderung von Herrn Kohlstedt, dass der Controllingbericht zugesagt wurde, der hier durch die dargestellten Zahlen jedoch nicht gezeigt wird. Herr Rink muss hierzu erneut ausführen, dass der vollständige Bericht für interessierte Ratsmitglieder einsehbar ist, er aber den internen Bericht über das Geschäft der laufenden Verwaltung nicht öffentlich machen wird.

In Bezug auf die Zahlen äußert Herr Soldan, dass nicht jede Änderung vorgestellt werden müsse, da sonst ein ähnlich großes Dokument wie der eigentliche Haushaltsplanentwurf entstehen würde, er sich aber, wie Herr Kohlstedt, wünschen würde, dass gravierende Veränderungen vorgestellt würden.

Herr Soldan fragt wie es zu den hohen außerordentlichen Erträgen kommen konnte, was Herr Prigge mit der Aufnahme des Gebietes „Ilmenaugarten“ in die Bewertung beantwortet. Herr Go-

mell ergänzt hierzu, dass die bilanzielle Berücksichtigung bisher nicht stattgefunden hat, diese nun aber nach Herrichtung durch den Vertragspartner auch mit ihrer Gegenposition im Rahmen doppischen Buchführung in der Bilanz auftauchen würden. Herr Prigge führt weiter aus, dass die aktuelle Situation in der Liquidität dazu führt, dass Kredite nach wie vor durch Kredite getilgt werden, das Maximum der durch das Land genehmigten Kreditermächtigungen von 220 Mio. € allerdings bis Ende des Jahres mit 200 Mio. € genutzten Kreditermächtigungen nicht erreicht werden wird. Weiter erklärt Herr Prigge, dass die aktuell vorhandenen Haushaltsreste nicht vollumfänglich abgeschöpft werden können, da viele Bauvorhaben bisher nur geplant sind, aber sich noch nicht in der Umsetzung befinden. Hierzu ergänzt Herr Rink, dass der eigene Besetzungsstand gut sei, dieses Jahr allerdings geprägt sei durch Vorplanungen. Bisher seien noch nicht viele Steine gebaut worden. Die Dynamik werde hierzu allerdings zunehmen.

Herr Kohlstedt stellt die Frage, ob es aktuell Maßnahmen gebe, die zwar geplant wurden, aber nicht realisiert werden, oder abgebrochen wurden. Hierzu antwortet Herr Prigge, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Maßnahmen seitens des Fachbereichs Finanzen benannt werden können.

Weiter fragt Herr Kohlstedt wie weit die Verhandlungen mit dem Landkreis über den Finanzierungsvertrag gediegen seien. Hierzu antwortet Herr Rink, dass die Gespräche aufgenommen wurden und hier auch die Ausländerbehörde als Thema mit aufgenommen wurde. Der nächste Verhandlungstermin ist für den 18.11.2025 avisiert, in dem es dann auch um das Personal- und Sachmitteltabelleau gehen wird. Herr Rink betont, dass es sich nicht um Besserstellung der Hansestadt Lüneburg handeln würde, sondern es lediglich um den finanziellen Ausgleich im Sinne des § 10 des Finanzvertrages.

Ratsfrau John stellt die Frage wie die finanzielle Situation im Vergleich zu anderen Kommunen in Niedersachsen dasteht. Hierzu antwortet Herr Rink, dass diese nahezu ausnahmslos auf alle anderen Kommunen in Niedersachsen anwendbar ist und die Diskussionen überall gleich sind.

Zu TOP 9 **Erlass einer Satzung über die Gewährung von Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten im Einsatzdienst der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Hansestadt Lüneburg**
BV/12068/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Gewährung von Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten im Einsatzdienst der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Hansestadt Lüneburg

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Zu TOP 10 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Ratsherr Kohlstedt stellt zwei Fragen: Zum einen stellt er die Frage, ob es aus der Personalversammlung vom 17.09.2025 wichtige Dinge gebe, die für den Finanzausschuss von Belang seien. Zum anderen möchte er wissen, ob die Regelung mit der sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre rechtlich korrekt angewandt wird.

Herr Rink erwidert zu der ersten Frage, dass er hierzu keinerlei Auskunft geben wird, weder im öffentlichen noch im nichtöffentlichen Teil, da es sich um eine rein interne Personalversammlung gehandelt habe. Er ist über die Frage sehr irritiert, da die diesbezüglichen rechtlichen Rahmenbedingungen bekannt sein dürften. Die zweite Frage beantwortet Herr Rink unter Bezugnahme auf die geltenden Regelungen aus dem Teilzeitbefristungsgesetz, die hier regelkonform angewandt würden. Darüber hinaus gelte diese Wiederbesetzungssperre nur grundsätzlich und Ausnahmen würden, auch in guter Zusammenarbeit mit dem Personalrat mit sehr viel Augenmaß bewilligt. Hierzu vermeldet der FB 1, dass es bisher 39 Anträge auf die Aussetzung der Wiederbesetzungssperre gegeben habe. Von diesen Anträgen wurde in 28 Fälle bereits aus organisatorischer Sicht eine sofortige Wiederbesetzung befürwortet. Für die Anträge aus den Kindertagesstätten wurde durch Frau Kalisch pauschal die Aussetzung der Wiederbesetzungssperre genehmigt.

Ratsherr Soldan wendet sich an die Verwaltung mit der mündlichen Anfrage wieder ein zweigeteiltes Protokoll einzuführen, in dem es einen öffentlichen Protokollteil gibt sowie ein gesamtes Protokoll. Herr Rink sagt zu, die Zweiteilung des Protokolls über das Ratsbüro und die Anwendbarkeit mit ALLRIS 4 prüfen zu lassen.

Eine Nachfrage von Frau Dr. Dartenne zu möglichen Verzögerungen bei Investition durch die HH-Sperren beantwortet Herr Rink mit der Zweiteilung des Haushaltes. Die HH-Sperren betreffen lediglich den Ergebnishaushalt, die Investitionen selbst betreffen den Finanzhaushalt und werden so umgesetzt wie sie geplant wurden. Ratsherr Dißelmeyer bittet darum über die Maßnahmen, gerade bei Problemen mit der Umsetzung, zu sprechen und diese zu priorisieren. Ratsherr Kohlstedt ergänzt, dass die Beschlüsse der Politik durch eine verzögerte Umsetzung oder etwaige Kostensteigerungen nicht durch die Verwaltung eigenmächtig außer Kraft gesetzt werden dürfen. Es solle dann eine Info an die Politik geben. Herr Rink entgegnet dem, dass es bereits viele Beispiele zu einer solchen Information an den Rat gab. Er sagt aber auch zu noch einmal den baulichen Bereich sowie den Bauausschuss zu sensibilisieren, um ggf. Prognosen zu Änderungen und/oder Kostenexplosionen geben zu können, die dann im Bauausschuss auch thematisiert werden.

Thomas Dißelmeyer

Matthias Rink

Sebastian Brauer